

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5522

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5522



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Rede Susanne Vincenz-Stauffacher, Co-Präsidentin FDP Schweiz und Nationalrätin

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir stehen heute vor einer wichtigen Entscheidung für die Zukunft unseres Landes. Die Klimafonds-Initiative von SP und Grüne will einen Fonds einführen, der jährlich mit 0,5 bis 1 Prozent unseres Bruttoinlandprodukts gefüllt werden soll – das sind bis zu 10 Milliarden Franken pro Jahr. Bis 2050 würden sich diese Ausgaben auf 100 bis 200 Milliarden Franken summieren. **Wir nennen diese Vorlage deshalb beim Namen: der Klima-Schuldenfonds.**

FDP, SVP, Die Mitte sowie die Wirtschaftsverbände haben sich gegen den Klima-Schuldenfonds zusammengeschlossen. Uns eint die Überzeugung: Diese Initiative ist nicht finanzierbar, unverantwortlich, ungerecht – und letztlich auch unnötig.

Gerade in einer Zeit, in der die Schweiz vor grossen Herausforderungen steht – steigende Lebenshaltungskosten, wachsender Druck auf den Mittelstand, geopolitische Unsicherheiten – ist diese Vorlage schlicht nicht tragbar. Gerade jetzt brauchen wir Stabilität, Verlässlichkeit und eine verantwortungsvolle Finanzpolitik.

Und trotzdem lancieren SP und Grüne wieder ein gefährliches Experiment. Doch die Bevölkerung hat im vergangenen Jahr gleich zweimal ein klares Signal gesetzt: Mit der Ablehnung der Umweltverantwortungsinitiative und der Juso-Initiative hat sie deutlich gemacht, dass sie keine Politik will, die auf ihrem Rücken ausgetragen wird.

Genau darum geht es jedoch erneut:

Der Klima-Schuldenfonds führt zu massiven Steuererhöhungen. Bis zu 10 Milliarden Franken pro Jahr müssen irgendwoher kommen. Diese Mittel müssten über massive Steuererhöhungen - oder über neue Schulden - aufgebracht werden. Wieder einmal wäre der Mittelstand am stärksten betroffen.

Der Klima-Schuldenfonds bedroht die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes.

Alternativ müsste der Bund gigantische Schulden aufnehmen: 100 bis 200 Milliarden Franken bis 2050! Diese Last würde auf kommende Generationen abgewälzt. Das ist weder verantwortungsvoll noch nachhaltig.

Der Klima-Schuldenfonds verdrängt andere wichtige Bundesaufgaben.

10 Milliarden Franken pro Jahr. Das ist mehr als die heutigen Ausgaben für die Armee und doppelt so viel wie jene für die Landwirtschaft. Geld wächst nicht auf Bäumen. Wenn hier Milliarden ausgegeben werden, fehlen sie anderswo: bei der Bildung, bei der Sicherheit, oder bei der Infrastruktur.

Der Klima-Schuldenfonds ist kontraproduktiv. Klimaschutz ist wichtig und liegt im Interesse unseres Landes. Gerade deshalb ist die Schweiz bereits auf gutem Weg mit einer wirksamen Klimapolitik. Steuererhöhungen und steigende Schulden, die der Klima-Schuldenfonds mit sich bringt, belasten Haushalte und Unternehmen nun aber unmittelbar. Sie bremsen Investitionen – auch in den Klimaschutz – und setzen falsche Anreize.

Darum sage ich klar und deutlich: Nein zum Klima-Schuldenfonds!

Ich übergebe nun das Wort an meine Kollegen, welche die Gefahren dieser Initiative im Detail erläutern werden.

→ **Wort an NR Christian Imark**

Rede Christian Imark, Nationalrat SVP

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Klimafonds-Initiative ist ein direkter Angriff auf die finanzielle Stabilität der Schweiz und auf ein zentrales Erfolgsmodell unseres Landes: die Schuldenbremse. Die Initiative will die Schaffung eines Klima-Schuldenfonds von bis zu 10 Milliarden Franken pro Jahr – vollständig ausserhalb der Schuldenbremse. Bis 2050 würden so bis zu 200 Milliarden Franken neue Schulden aufgebaut.

Schulden sind Gift für jedes Land. Sie schränken den finanziellen Handlungsspielraum ein und verursachen hohe Zinskosten, die Jahr für Jahr bezahlt werden müssen, ohne dass dadurch ein zusätzlicher Nutzen entsteht. Vor allem aber sind sie nicht nötig. Die Schweiz stellt bereits erhebliche Mittel für den Klimaschutz bereit: Allein der Bund investiert jährlich rund 2,4 Milliarden Franken in Gebäudesanierungen, nachhaltige Heizsysteme, Innovationen in der Wirtschaft, erneuerbare Energien und die Biodiversität. Hinzu kommen Investitionen von Kantonen, Gemeinden, Unternehmen und der Bevölkerung. Jede staatliche Aufgabe muss in einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen. Entsprechend sind die bestehenden Gefässe des Bundes durch die Bevölkerung legitimiert. Exzessive und teure Umverteilungen zulasten des Mittelstands hat die Bevölkerung wiederholt klar abgelehnt – zuletzt beim CO₂-Gesetz 2021.

Für den Bund ist die Konsequenz einer solchen Schuldenpolitik klar: Entweder wird gespart oder es braucht neue Einnahmen. Dass Sparen politisch und praktisch äusserst schwierig ist, zeigt die aktuelle Diskussion rund um das Entlastungsprogramm 27. Realistisch betrachtet bleiben deshalb mittelfristig nur Steuererhöhungen, um diese Schulden abzubauen.

Eine Steuer steht dabei besonders im Fokus: die Mehrwertsteuer. Auch der Bundesrat geht davon aus, dass die Schulden des Klimafonds über diese Steuer finanziert würden. Konkret würde dies eine Erhöhung um bis zu 2,5 Prozentpunkte bedeuten. Das entspricht Mehrkosten von bis zu 1'280 Franken pro Haushalt und Jahr. Es wäre die mit Abstand grösste Mehrwertsteuererhöhung seit ihrer Einführung. Die Schweiz – bislang

ein Sonderfall im europäischen Vergleich – würde sich damit ihren Nachbarländern annähern und eine Mehrwertsteuer von über 10 Prozent einführen.

Das hätte gravierende Folgen. Eine höhere Mehrwertsteuer schwächt die Kaufkraft der Bevölkerung massiv. Denn der Mehrwertsteuer kann niemand ausweichen: Sie belastet alle Haushalte – unabhängig vom Einkommen. Deshalb ist klar: Der Klima-Schuldenfonds ist nicht nur klimapolitisch unnötig und finanzpolitisch gefährlich, sondern auch in höchstem Masse unsozial. Er untergräbt die Schuldenbremse, belastet den Mittelstand und schwächt die Kaufkraft – ohne garantierten Zusatznutzen für das Klima.

Benjamin Roduit, Conseiller national, Le Centre

Seule la version orale fait foi.

Mesdames, Messieurs,

Le fonds climat est présenté comme un projet d'avenir. Mais lorsqu'on l'examine de près, deux constats s'imposent clairement. Deux constats qui nous obligent à dire non.

Premier constat : le fonds climat sacrifie d'autres tâches essentielles de la Confédération. Comme vous le savez, le budget de la Confédération s'élève à un peu plus de 80 milliards de francs par an. Le fonds climat mobiliserait entre 5 et 10 % de ce budget, soit plusieurs milliards de francs chaque année.

Ces moyens ne sont pas nouvellement générés. Ils doivent être pris ailleurs - prélevés sur le budget existant ou financés par l'endettement. Cela signifie concrètement moins d'argent pour la santé, la sécurité, les prestations sociales, la formation, les infrastructures ou l'agriculture. Le Conseil fédéral lui-même souligne dans son message que le fonds pèserait sur d'autres domaines d'action et évincerait des investissements nécessaires.

La Confédération n'a pas de ressources illimitées. Chaque franc consacré au fonds climat est un franc qui manque pour d'autres prestations essentielles et attendues par la population. Ce fonds crée une concurrence directe et dangereuse entre les priorités de l'État, dans un contexte financier déjà tendu.

Deuxième constat : cette initiative méprise le frein à l'endettement. Pour financer un tel fonds, les initiateurs acceptent une augmentation massive de la dette. Ils remettent en cause un pilier central de notre politique financière : le frein à l'endettement, inscrit à l'article 126 de la Constitution.

Cet article est clair : la Confédération doit équilibrer ses dépenses et ses recettes à long terme. Contourner cette règle, c'est repousser les problèmes à plus tard et transférer la facture aux générations futures.

Plus de dettes aujourd'hui signifie des hausses d'impôts demain. Lorsque les intérêts augmentent et que les marges de manœuvre disparaissent, il ne reste que deux options

: couper dans les prestations ou augmenter la pression fiscale. Dans les deux cas, ce sont les citoyens qui paient.

Le fonds climat conduit la Suisse sur une voie dangereuse, contraire à sa tradition de finances publiques solides, responsables et durables. Une politique climatique crédible ne peut pas reposer sur l'endettement massif et la mise sous pression des autres tâches de l'État.

En résumé, le fonds climat affaiblit les prestations essentielles et remet en cause le frein à l'endettement. C'est pourquoi nous nous engageons contre cette initiative.

Rede Monika Rühl, Direktorin economiesuisse

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Allein der Bund investiert jährlich bereits über drei Milliarden Franken in den Klimaschutz. Auch die Schweizer Unternehmen nehmen ihre Verantwortung wahr. Im europäischen Vergleich investieren sie überdurchschnittlich viel in Klimaschutzmassnahmen. Mit messbarem Erfolg. Die Treibhausgasemissionen liegen heute 26 Prozent unter dem Niveau von 1990, trotz deutlichem Wirtschaftswachstum. Unser Land hat seinen Wohlstand von den Emissionen entkoppelt – selbst unter Einbezug der Güterimporte.

Natürlich ist auch klar: Der Kampf gegen den Klimawandel ist damit noch lange nicht gewonnen. Doch wer bei Kopfschmerzen gleich fünf verschiedene Medikamente einnimmt, wird nicht schneller gesund – sondern riskiert schwere Nebenwirkungen. Wirksame Klimapolitik braucht Zielgenauigkeit, nicht Überdosierung.

Denn Klimaschutz, der gleichzeitig unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit schwächt, hilft niemandem. Genau das würde der Klima-Schuldenfonds bewirken. Er häuft massive Schulden an, schwächt marktwirtschaftliche Anreize, verzerrt den Wettbewerb, bremst Innovationen und führt zu wirtschaftlicher Fehlallokation sowie geringerer Produktivität. Zudem führt das Giesskannenprinzip zu

unwirtschaftlichen und vor allem auch unfairen Folgen – Projekte werden staatlich subventioniert, obwohl sie auch ohne Steuergelder realisiert würden. Oder noch schlimmer: Wir fördern wirkungslose Projekte auf Kosten der Allgemeinheit.

Klimaschutz funktioniert nur Hand in Hand mit der Bevölkerung und der Wirtschaft. So, wie es die Schweiz bereits heute erfolgreich tut. Der vom Volk mehrfach bestätigte Mix aus Lenkungsinstrumenten, gezielten Förderprogrammen und klaren Regeln funktioniert vorbildlich und wir müssen ihn konsequent weitergehen. Auch die Wirtschaft übernimmt Verantwortung: Im «Klimaprogramm der Wirtschaft» verpflichten sich Unternehmen, ihre Emissionen mit technologieoffenen Lösungen, internationaler Koordination und innovativen Ansätzen zu senken.

Der Erfolg ist belegt: Die Emissionen im Industriesektor liegen heute 45 Prozent unter dem Niveau von 1990, während sich die Wertschöpfung verdoppelt hat. Damit ist das Reduktionsziel für 2040 bereits nahezu erreicht. Das ist der beste Beleg, dass der Schweizer Weg funktioniert, auch ohne radikale Kurswechsel.

Wer den Klimaschutz wirklich voranbringen will, muss an den entscheidenden Hebeln ansetzen: Blockaden abbauen, Verfahren beschleunigen und den Ausbau der emissionsfreien Energieproduktion ermöglichen. Nicht neue Schuldenfonds bringen uns voran, sondern konsequente, marktwirtschaftliche und effiziente Lösungen.

Rede Fabio Regazzi, Ständerat und Präsident sgv

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Schweizer Unternehmergeist ist eine zentrale Stärke unseres Landes. Gewerbe und Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, Lehrstellen und Innovationen und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig übernimmt das Gewerbe Verantwortung – auch gegenüber dem Klima. Gerade KMU nehmen ihren CO₂-Fussabdruck und das Thema Nachhaltigkeit sehr ernst.

Ich bin überzeugt: Wirksamer Klimaschutz basiert auf praktischen Lösungen – und lässt sich nicht durch ideologisch geprägte Initiativen verordnen. Über eine solche ideologische Initiative stimmt die Schweiz jedoch bereits am 8. März 2026 ab. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes führt sie zu einer inakzeptablen Neuverschuldung des Bundes und in der Konsequenz zu massiven Steuererhöhungen. Beides ist in solch unsicheren Zeiten schlicht unverantwortlich.

Eine ständig steigende Staatsverschuldung belastet das Gewerbe gleich mehrfach. Sie schränkt öffentliche Investitionen ein, bremst das Wirtschaftswachstum und erhöht die Unsicherheit. Sinkt das Vertrauen in den Staat, drohen steigende Zinsen, was die Finanzierung insbesondere für KMU verteuert.

Gleichzeitig wächst der Druck auf den Staat, Schulden durch höhere Steuern abzubauen. In einem schwachen wirtschaftlichen Umfeld steigt zudem das Konkursrisiko, vor allem für kleinere Betriebe.

Auch höhere Steuern für Privathaushalte haben klare und unmittelbare Folgen für das Gewerbe. Sie senken die Kaufkraft und reduzieren das frei verfügbare Einkommen. Grössere Anschaffungen und Investitionen werden aufgeschoben oder ganz gestrichen. Konkret verzichten Haushalte häufiger auf Renovationen, energetische Sanierungen oder Umbauten. Davon betroffen sind Handwerksbetriebe wie Bau-, Maler-, Sanitär, Metallbau- und Elektrikerunternehmen. Auch der Kauf von Möbeln, Haushaltsgeräten oder Fahrzeugen wird hinausgezögert, was Detailhandel, Garagen und Zulieferbetriebe belastet. Sinkende Kaufkraft führt zudem zu Einsparungen bei Dienstleistungen wie Coiffeuren, Gastronomie sowie Freizeit- und Tourismusangeboten. Besonders KMU spüren diese Zurückhaltung unmittelbar.

Mein Fazit: Das Anhäufen staatlicher Schulden und in der Konsequenz höhere Steuern schwächen unsere KMU, die das Fundament unseres Wohlstands und unserer Wirtschaft sind. Wir brauchen in der Klimapolitik marktwirtschaftliche Anreize und praxistaugliche Lösungen – nicht ideologische Experimente auf Kosten von Gewerbe und Bevölkerung.

Darum ein klares NEIN zur Klima-Schuldenfonds-Initiative!